

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 26. Juni 1985

am Donnerstag, dem 27. Juni 1985

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Frau Augustin (CDU/CSU)	32, 33	Klein (Dieburg) (SPD)	1, 2
Bachmaier (SPD)	79, 80	Klein (München) (CDU/CSU)	53, 54
Carstensen (Nordstrand) (CDU/CSU)	26, 85	Lamers (CDU/CSU)	57, 58
Catenhusen (SPD)	5, 6	Mann (DIE GRÜNEN)	75, 76
Clemens (CDU/CSU)	8, 78	Müller (Schweinfurt) (SPD)	92, 93
Dr. Diederich (Berlin) (SPD)	41, 42	Neumann (Bramsche) (SPD)	45, 46
Dr. Ehrenberg (SPD)	19, 20	Pauli (SPD)	3
Frau Eid (DIE GRÜNEN)	63, 64	Sauer (Salzgitter) (CDU/CSU)	29
Eigen (CDU/CSU)	94	Schemken (CDU/CSU)	37, 38
Dr. Enders (SPD)	23, 74	Dr. Schierholz (DIE GRÜNEN)	9
Ewen (SPD)	88, 89	Schlaga (SPD)	47, 48
Fiebig (SPD)	14, 15	Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	27, 28
Fischer (Homburg) (SPD)	21, 22	von Schmude (CDU/CSU)	7
Frau Geiger (CDU/CSU)	55, 56	Senfft (DIE GRÜNEN)	24, 25
Gilges (SPD)	71, 72	Sielaff (SPD)	43, 44
Grunenberg (SPD)	90, 91	Frau Simonis (SPD)	81
Frau Dr. Hamm-Brücher (FDP)	16, 17	Frau Steinhauer (SPD)	18
Hansen (Hamburg) (SPD)	10, 11	Dr. Stercken (CDU/CSU)	59, 60
Haungs (CDU/CSU)	12, 13	Stiegler (SPD)	30, 31
Hettling (SPD)	86, 87	Ströbele (DIE GRÜNEN)	69, 70
Dr. Hirsch (FDP)	73	Dr. Todenhöfer (CDU/CSU)	49, 50
Dr. Hupka (CDU/CSU)	61, 62	Waltemathe (SPD)	77, 83
Immer (Altenkirchen) (SPD)	66, 67	Weinhofer (SPD)	34, 35
Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	65	Dr. Weng (Gerlingen) (FDP)	4, 36
Kastning (SPD)	39, 40	Werner (CDU/CSU)	51, 52
Kißlinger (SPD)	68, 84	Würtz (SPD)	82

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	7
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	9
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	12
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	14
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	15
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	15

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

1. Abgeordneter
Klein
(Dieburg)
(SPD)

Hat der bisherige Regierungssprecher Peter Boenisch zum Zeitpunkt seiner Berufung im Mai 1983 gegenüber seinem Dienstherrn, d. h. gegenüber der Bundesregierung, insbesondere gegenüber dem Bundeskanzler, offenbart, daß er in den Jahren 1972 bis 1982 Einkünfte aus einem Beratervertrag nicht ordnungsgemäß versteuert hatte?
2. Abgeordneter
Klein
(Dieburg)
(SPD)

Falls er bei seiner Einstellung keine entsprechende Erklärung abgab, hätte Herr Boenisch nach Auffassung der Bundesregierung nicht als politischer Beamter eine Offenbarungspflicht gegenüber seinem neuen Dienstherrn zum Zeitpunkt seiner Berufung im Mai 1983 gehabt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

3. Abgeordneter
Pauli
(SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, in den Bereichen der öffentlichen Verwaltung zusätzliche Planstellen einzurichten, wo bisher die entsprechenden Tätigkeiten von nebenberuflich Tätigen bzw. von Aushilfskräften ausgeführt wurden?
4. Abgeordneter
Dr. Weng
(Gerlingen)
(FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, zur Verstärkung des Drucks auf Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen gesetzliche Regelungen derart anzustreben, daß gewerbliche Tätigkeiten öffentlicher Körperschaften ebenso der Mehrwert- und gegebenenfalls der Gewerbesteuer unterworfen werden wie private Unternehmen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit
und Sozialordnung**

5. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)

Welche Maßnahmen werden von seiten der Bundesanstalt für Arbeit für eine bessere Beratung, Umschulung und Vermittlung von arbeitslosen Akademikern vorbereitet?
6. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)

Welche zusätzlichen Standorte für Einrichtungen des Fachvermittlungsdienstes der Arbeitsvermittlung sind für Nordrhein-Westfalen vorgesehen, befindet sich darunter auch der Standort Münster?

7. Abgeordneter
von Schmude
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die im Hearing des innerdeutschen Ausschusses vom 12. Juni 1985 vorgebrachten Beanstandungen von Verbandsvertretern, daß in der Hansestadt Hamburg DDR-Übersiedler bei der Bearbeitung von Arbeitslosengeldanträgen im Durchschnitt doppelt solange warten müssen, wie im übrigen Bundesgebiet, sogenannte Sofortkredite als Eingliederungshilfe erst nach drei bis vier Monaten entschieden und den DDR-Übersiedlern überwiegend Wohnungen in unzumutbarem Zustand zur Verfügung gestellt werden?

8. Abgeordneter
Clemens
(CDU/CSU).

Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfang Betriebe bzw. Arbeitskolonnen der DDR in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt werden, und was gedenkt sie hiergegen angesichts der Arbeitslosigkeit, insbesondere im Zonengrenzland, zu tun?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

9. Abgeordneter
Dr. Schierholz
(DIE GRÜNEN)

Worauf ist es zurückzuführen, daß der totale Kriegsdienstverweigerer Klaus Stefan Philipp dreieinhalb Monate nach seiner Einberufung zum Grundwehrdienst kurz vor seiner Gerichtsverhandlung wegen Fahnenflucht in einem unverhältnismäßig harten Feldjägereinsatz vorläufig festgenommen worden ist, und warum wird dieser junge Mann, der unzweideutig eine Gewissensentscheidung gegen jegliche Art der Wehrpflicht getroffen hat, nicht auf der Basis von § 29 Wehrpflichtgesetz aus der Bundeswehr entlassen?

10. Abgeordneter
Hansen
(Hamburg)
(SPD)

Welche Erfahrungen ergeben sich für den Bundesminister der Verteidigung aus der Einführung des modifizierten Schichtdienstes beim Brandschutzpersonal der Bundeswehr hinsichtlich der Besatzungsstärken und der tariflich vorgeschriebenen Ruhezeiten des Personals?

11. Abgeordneter
Hansen
(Hamburg)
(SPD)

In welchem Umfang mußten nach Einführung des modifizierten Schichtdienstes Überstunden angeordnet werden, und wie wirkt sich die Überstundenvergütung auf die Sollstärken der Brandschutzwachen aus?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

12. Abgeordneter
Haungs
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Modellvorschlag des Deutschen Roten Kreuzes zur Berufsausbildung der Rettungssanitäter?

- | | |
|--|--|
| 13. Abgeordneter
Haungs
(CDU/CSU) | Wann wird die Bundesregierung endlich das Berufsbild des Rettungssanitäters verabschieden? |
| 14. Abgeordneter
Fiebig
(SPD) | Ist die Bundesregierung mit mir einer Meinung, daß zur Erfüllung des Zweiten Arzneimittelgesetzes und zum Nachweis von Unbedenklichkeit und Wirksamkeit eine international anerkannte wissenschaftliche Disziplin „klinische Pharmakologie“ auch in der Bundesrepublik Deutschland dringend notwendig ist? |
| 15. Abgeordneter
Fiebig
(SPD) | Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Lage der klinischen Pharmakologie in der Bundesrepublik Deutschland zu verbessern, damit sie ihren wissenschaftlichen Rang behält, zur Innovation im Arzneimittelbereich beitragen und damit die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Arzneimittel auf dem Weltmarkt verbessern kann? |
| 16. Abgeordnete
Frau
Dr. Hamm-Brücher
(FDP) | Wie hat sich der deutsch-israelische Jugendaustausch in den letzten drei Jahren finanziell und zahlenmäßig entwickelt? |
| 17. Abgeordnete
Frau
Dr. Hamm-Brücher
(FDP) | Beabsichtigt die Bundesregierung eine Intensivierung des deutsch-israelischen Jugendaustausches? |
| 18. Abgeordnete
Frau
Steinhauer
(SPD) | Kann die Bundesregierung mitteilen, ob es sich bei dem Skandal (lt. Bericht der „Welt am Sonntag“ vom 16. Juni 1985), wonach Todes-Gift durch Katalog angeboten und bezogen werden kann, um einen Einzelfall oder um gängige Praxis handelt, und gibt es im Verantwortungsbereich der Bundesregierung Möglichkeiten, solche Versandpraktiken für die Zukunft auszuschließen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

- | | |
|---|--|
| 19. Abgeordneter
Dr. Ehrenberg
(SPD) | Ist die Bundesregierung darüber informiert, daß entgegen allen Vorankündigungen mit dem neuen IC-Konzept durch längere Wartezeiten auf Anschlußbahnhöfen die Gesamtfahrzeiten von den Küstenstädten zwischen Weser und Ems in vielen Fällen nicht kürzer, sondern um fünf bis zehn Minuten länger geworden sind? |
| 20. Abgeordneter
Dr. Ehrenberg
(SPD) | Ist die Bundesregierung bereit, auf die Deutsche Bundesbahn dahin gehend einzuwirken, daß beim Winterfahrplan 1985/86 der gegenwärtige absurde Zustand, daß die normalen Anschlußzüge aus der Nord-West-Region den Hauptbahnhof Bremen eine Minute nach Abfahrt des |

- IC Hamburg—Köln erreichen – die regionalen IC-Anschlüsse aus Oldenburg 15 Minuten – durch eine vernünftige Anschlußregelung ersetzt wird?
21. Abgeordneter
Fischer
(Homburg)
(SPD)
- Wie steht die Bundesregierung zur Forderung der Städte Frankfurt am Main, Heidelberg, Ludwigshafen, Mannheim und Saarbrücken, des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar, der Industrie- und Handelskammern Frankfurt am Main, für die Pfalz, Rhein-Neckar und des Saarlandes sowie des Saar-Pfalz-Vereins, sich im Rahmen der Verknüpfung des französischen und des deutschen Schienenschnellfahrnetzes für einen Anschluß auf der Linie Paris—Metz—Saarbrücken—Mannheim mit Weiterführung nach Frankfurt am Main einerseits und Stuttgart und München andererseits einzusetzen?
22. Abgeordneter
Fischer
(Homburg)
(SPD)
- Wie steht die Bundesregierung zu den Überlegungen der Deutschen Bundesbahn zum Ausbau der Strecke Saarbrücken—Mannheim, und ist die Bundesregierung bereit, in dieser Angelegenheit umgehend eine bilaterale (deutsch-französische) Arbeitsgruppe einzusetzen, die die Durchführbarkeit dieser Schienenschnellverkehrsverbindung untersucht?
23. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Maße bisher Firmen aus dem Zonenrandgebiet mit Aufträgen am Neubau der Bundesbahnstrecke N-S beteiligt waren und inwieweit auswärtige Firmen berücksichtigt wurden?
24. Abgeordneter
Senft
(DIE GRÜNEN)
- Welche Beweggründe sind ausschlaggebend dafür, daß im Rahmen des Sonderangebotes „Rosarotes Jahr“ der Deutschen Bundesbahn der ermäßigte Kinderfahrpreis von 10 DM nur für eigene Kinder oder Enkelkinder gilt, während bei Nutzung des entsprechenden Pauschalpreises für die Mitnahme eines Hundes der Nachweis der „Familienzugehörigkeit“ nicht erbracht werden muß?
25. Abgeordneter
Senft
(DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen verweigert die Deutsche Bundesbahn unverheirateten Paaren mit Kindern die Nutzung des Sonderangebotes „Familienpaß“?
26. Abgeordneter
Carstensen
(Nordstrand)
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß mit Einführung von IC 85 zwischen Hamburg und Hannover jährlich ca. 1,4 Millionen IC-Zugkilometer gefahren werden?
27. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)
- Aus welchem Grunde ist die Neubaustrecke der Deutschen Bundesbahn von Nürnberg nach Ingolstadt im neuen Bundesverkehrswegeplan nicht mehr aufgeführt?

28. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, diese Neubaustrecke noch in die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes aufzunehmen?
29. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung die personelle Überbesetzung des Zuges D 3527 seit Inkrafttreten des Sommerfahrplanes der Deutschen Bundesbahn zwischen Schladen und Wolfenbüttel bekannt, und was gedenkt die Bundesregierung diesbezüglich zu unternehmen?
30. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Kritik der Automobilclubs an der Gebührenpraxis der Überwachungsvereine und der Werkstätten beim Vollzug der Abgassonderuntersuchung (vgl. ACE-Lenkrad, Heft 5 und 6 von 1985), und wird sie dafür eintreten, eine einheitliche gesetzliche Gebührenregelung für die Abgassonderuntersuchung zu schaffen?
31. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag, eine gesetzliche Herstellerhaftung für das Einhalten der Grenzwerte für Schadstoffemissionen ohne vorherige Wartung einzuführen, und wird sie entsprechende Initiativen ergreifen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

32. Abgeordnete
Frau Augustin
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß einige staatliche Bauämter in Hessen nicht in der Lage sind, anstehende Bauvorhaben des Bundes zügig zu bearbeiten, so daß nur mit Verzögerung dringend notwendige Bauvorhaben realisiert werden können?
33. Abgeordnete
Frau Augustin
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß bei der Durchführung von Baumaßnahmen des Bundes, die in der Gesamtverantwortung des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau liegen, den Finanzverwaltungen der Länder auf Grund der §§ 8 (7) und 22 Nr. 2 des Finanzverwaltungsgesetzes (FVG) in der Fassung des Finanzanpassungsgesetzes (FAnpG) vom 30. August 1971 und den dazu geschlossenen Verwaltungsabkommen zur beschleunigten Durchführung dieser Baumaßnahmen des Bundes und des besseren Mittelabflusses im verstärkten Umfang zu gestatten, von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, für Planung und Ausführung von Baumaßnahmen des Bundes freiberufliche Architekten, Ingenieure oder sonstige Sonderfachleute für baufachliche Fragen im Sinne des Abschnittes K 19 der Richtlinien für die Durchführung von Bauaufgaben des Bundes im Zuständigkeitsbereich der Finanzbauverwaltungen (RBBau) einzusetzen, um

- die Bauwirtschaft insgesamt zu fördern und die staatlichen Bauverwaltungen der Länder zu entlasten?
34. Abgeordneter
Weinhofer
(SPD) Welche Botschaftsgebäude und Konsulate wurden während der letzten zehn Jahre mit welchen Kosten errichtet?
35. Abgeordneter
Weinhofer
(SPD) Wo wurden dabei im Ausbau Fachlose für deutschen und ausländischen Naturwerkstein ausgeschrieben, und welches Material wurde dann verarbeitet?
36. Abgeordneter
Dr. Weng
(Gerlingen)
(FDP) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß sich – nachdem sich der Wohnungsmarkt in weiten Bereichen von einem Angebots- in einen Nachfragemarkt gewandelt hat – die Frage der Gemeinnützigkeit von Wohnungsbauunternehmen neu stellt?
37. Abgeordneter
Schemken
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung auf Grund einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Düsseldorf, wonach die Fehlbelegungsabgabe im sozialen Wohnungsbau für Besserverdienende für verfassungswidrig erklärt worden ist, die Möglichkeit, auf das Land Nordrhein-Westfalen dahin gehend einzuwirken, schon jetzt diesem Urteil zugrundeliegende Maßnahmen zu ergreifen?
38. Abgeordneter
Schemken
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung von sich aus auf Grund dieses Verwaltungsgerichtsurteils ergreifen?
39. Abgeordneter
Kastning
(SPD) Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß von einer Fehlsubventionierung von Bundesdarlehenswohnungen am Bundeswehr-Standort Bückeburg gesprochen werden kann, weil die Oberfinanzdirektion Hannover als Reaktion auf die erschwerte Vermietbarkeit wegen zu hoher Mietbelastungen seit dem 1. April 1985 bei einem führenden Vermieter für die fremdvermieteten Bundesdarlehenswohnungen auf den sogenannten OFD-Zuschlag verzichtet, und gibt es ähnliche Verhältnisse auch in anderen Bundeswehrstandorten?
40. Abgeordneter
Kastning
(SPD) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die derzeitigen Mietbelastungen bei Bundesdarlehenswohnungen am Bundeswehr-Standort Bückeburg – möglicherweise auch in anderen Bundeswehrstandorten – in vielen Fällen die Angemessenheitsgrenze nach dem Rundschreiben des Bundesministers des Innern vom 28. Januar 1971 – DII 6 – 222 702 – 1/3, Gemeinsames Ministerialblatt S. 113 in der Fassung vom 26. April 1975, – DIII 7 – 222 702 – 1/3, Gemeinsames Ministerialblatt S. 458 zum § 2 Nr. 1 der Trennungsgeldverordnung übersteigen, und wenn ja, wie beurteilt sie diesen Tatbestand?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

41. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD)
- Seit wann ist der Bundesregierung bekannt, daß das auf Anweisung des Staatspräsidenten Eyadema von Togo im Rahmen der Ausrüstungshilfe unter Anleitung deutscher Pionieroffiziere bei Kazaboua (in der Prefecture Sotouboua) realisierte Straßenbauprojekt, insbesondere der Bau einer behelfsmäßigen Pionierbrücke, den togoischen Behörden den Bau eines vom Staatspräsidenten geplanten Arbeitslagers, in dem angebliche Straftäter ohne rechtskräftige Verurteilung zur Arbeitserziehung konzentriert werden sollen, in einem vorher verkehrsmäßig unerschlossenen Gebiet ermöglicht hat, und was hat sie daraufhin unternommen?
42. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Bundesrepublik Deutschland jeglichen Anschein vermeiden muß, sie billige die direkte oder indirekte Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Ausrüstungshilfe beim Bau solcher Straflager, und ist sie bereit, dem togoischen Staatspräsidenten eindringlich klarzumachen, daß dieser Vorgang in der deutschen Öffentlichkeit mißbilligt wird?
43. Abgeordneter
Sielaff
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, den Vereinigten Staaten von Amerika – im Rahmen der Verpflichtungen als NATO-Partner – anzubieten, auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland die neu zu produzierenden binären C-Waffen der USA zu lagern?
44. Abgeordneter
Sielaff
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung Informationen vor, welche NATO-Länder der US-Regierung signalisiert haben könnten, daß sie mit einer Lagerung von binären C-Waffen innerhalb ihres Territoriums einverstanden wären?
45. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD)
- Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, den afghanischen Freiheitskämpfern humanitäre Hilfe, aber auch politische Unterstützung bei der Befreiung ihres Landes zu gewähren?
46. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD)
- Kennt die Bundesregierung Einzelheiten und Motive über eine Aktion, wonach im Herbst 1984 mehrere tausend Kinder aus Afghanistan in die Sowjetunion verbracht worden sind und in Zukunft jährlich weitere Kinder für jeweils zehn Jahre in die Sowjetunion verbracht werden sollen?
47. Abgeordneter
Schlaga
(SPD)
- Hat die Bundesregierung Informationen darüber, welche Aufgaben ca. 10 000 afghanische Kinder, die für längere Zeit zu Ausbildungszwecken in die Sowjetunion verbracht worden sind, nach ihrer Rückkehr in Afghanistan übernehmen sollen?

48. Abgeordneter
Schlaga
(SPD)
- Wann ist der Bundeskanzler außerhalb von „working funerals“ bereit – ebenso wie der Vorsitzende der SPD und ehemalige Bundeskanzler Brandt es kürzlich getan hat – mit dem Generalsekretär des KPdSU, Gorbatschow, über eine schnelle Beendigung der Besetzung Afghanistans durch sowjetische Truppen zu sprechen?
49. Abgeordneter
Dr. Todenhöfer
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Sowjets afghanische Kinder gegen ihren Willen und den Willen ihrer Eltern zur ideologischen Indoktrination für mehrere Jahre in die Sowjetunion bringen?
50. Abgeordneter
Dr. Todenhöfer
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Sowjets mittels sogenannter Spielzeuggbomben gezielt gegen afghanische Kinder vorgehen, und wie viele afghanische Kinder sind im Laufe des Krieges getötet bzw. verletzt worden?
51. Abgeordneter
Werner
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um die mangelhafte Berichterstattung der deutschen Medien über den Krieg in Afghanistan nachhaltig zu verbessern?
52. Abgeordneter
Werner
(CDU/CSU)
- In welcher Weise hat die Bundesregierung den einstimmigen Beschluß des Deutschen Bundestages vom 9. Juni 1982 zum Anlaß genommen, afghanische Freiheitskämpfer humanitär zu unterstützen?
53. Abgeordneter
Klein
(München)
(CDU/CSU)
- Wie hoch sind im Durchschnitt pro Jahr die staatlichen Aufwendungen für humanitäre Hilfe für Freiheitskämpfer in Afghanistan, und wie verteilen sich diese Aufwendungen?
54. Abgeordneter
Klein
(München)
(CDU/CSU)
- Wie viele Tote und Verletzte hat der Krieg der Sowjets in Afghanistan bisher gefordert?
55. Abgeordnete
Frau Geiger
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Sowjets an afghanischen Gefangenen schwere Folterungen begehen?
56. Abgeordnete
Frau Geiger
(CDU/CSU)
- Für wie aussichtsreich hält die Bundesregierung diplomatische Bemühungen mit dem Ziel, die Sowjetunion zu veranlassen, zumindest dem Internationalen Roten Kreuz Zutritt nach Afghanistan zu gewähren?
57. Abgeordneter
Lamers
(CDU/CSU)
- Gibt es Erkenntnisse dafür, daß die Sowjetunion in Afghanistan zumindest punktuell auch chemische bzw. biologische Waffen einsetzt und damit gegen das Genfer Protokoll von 1925 und das B-Waffen-Übereinkommen von 1972 verstößt?

58. Abgeordneter
Lamers
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, in wie vielen Fällen sowjetische Truppen gewaltsame militärische Aktionen gegen pakistanische Grenzorte durchgeführt haben, und wie viele Pakistaner sind bei solchen Aktionen getötet worden?
59. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU)
- Wie viele Afghanen sind seit dem Einmarsch der Sowjets aus ihrer Heimat geflohen?
60. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß es eine gezielte sowjetische Kriegführung gegen die afghanische Zivilbevölkerung gibt?
61. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung dazu Stellung nehmen, daß der Satz des Koordinators für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit, Staatssekretär a. D. von Staden, in den „Baltischen Blättern“ nicht zutreffend ist: „Wir handelten gegen unsere eigenen Interessen, wenn wir den Friedensvertragsvorbehalt politisch aktivierten“, nachdem der Bundeskanzler auf dem Deutschlandtreffen der Schlesier am 16. Juni 1985 in Hannover ausdrücklich den Friedensvertragsvorbehalt mehrmals bestätigt hat?
62. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Welche Erklärungen und Zusicherungen hat die polnische Regierung der Bundesregierung nach der Rede des Partei- und Regierungschefs Jaruzelski vom 7. Mai 1985 in Breslau abgegeben, nachdem die Bundesregierung gemäß ihrer Auskunft wegen der in der Rede gemachten Aussage über das Ende der Ausreise und der Nichtexistenz einer deutschen Volksgruppe hat vorstellig werden wollen?
63. Abgeordnete
Frau Eid
(DIE GRÜNEN)
- Stellt sich die Bundesregierung hinter die Aussage des Präsidenten der UNO-Vollversammlung, Paul Lusaka, der die Einsetzung einer Interimsregierung in Namibia durch Südafrika unter Ausschaltung der vom größten Teil der namibischen Bevölkerung getragenen Südwestafrikanischen Unabhängigkeitsbewegung als illegalen Akt bezeichnet hat, und welche konkreten Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus diesem illegalen Akt?
64. Abgeordnete
Frau Eid
(DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß es falsch sei, an einer Politik festzuhalten, die nur dazu führe, daß etwa in Namibia allein die Befreiungsbewegung SWAPO regiere, und wenn ja, hieße dies, daß die Bundesregierung eine durch international kontrollierte Wahlen als Sieger hervorgegangene SWAPO-Regierung nicht anerkennen würde?

65. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Hatte die Bundesregierung Gelegenheit, von der Verabredung eines gemeinsamen Entwurfs der SPD und der totalitären SED für ein Abkommen über eine C-Waffen-freie Zone in Mitteleuropa zu dem Entwurf oder der beabsichtigten Verabredung Stellung zu nehmen, und wie beurteilt sie ein derartiges Projekt, das auf die Bundesrepublik Deutschland und die Benelux-Staaten im Westen und auf die DDR, die Tschechoslowakei und Polen auf östlicher Seite beschränkt sein soll?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

66. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung des Staatsministers beim Bundeskanzler, Vogel, daß der Deutsche Evangelische Kirchentag in den letzten Jahren „immer mehr nach links gerückt“ sei. Dies zeige auch das Programm der diesjährigen Großveranstaltung in Düsseldorf. Das Treffen gerate „zu sehr in den Sog des Zeitgeistes“ und der „politischen Einseitigkeit“; der Kirchentag werde „von politischen Leuten weitgehend für sich vereinnahmt“?
67. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Inwieweit bestätigt die Bundesregierung Behauptungen in der kirchlichen Presse, wonach „Vertreter der Bundesregierung“ die Wahl des neuen Präses der EKD-Synode als „politisches Zeichen“ gewertet wissen wollten?
68. Abgeordneter
Kißlinger
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, im Falle eines Scheiterns der Luxemburger Verhandlungen am 25. Juni 1985 über Abgasgrenzwerte unverzüglich durch die Einführung eines Tempolimits zur Verminderung der Schadstoffbelastung der Luft beizutragen?
69. Abgeordneter
Ströbele
(DIE GRÜNEN)
- Bedeutet die Billigung der Entscheidung der Bayerischen Landesregierung, die Traditionsfeiern ehemaliger Mitglieder der Waffen-SS in Nesselwang im Mai 1985 nicht zu verbieten, daß die Bundesregierung die Traditionsvereine der Waffen-SS für Organisationen hält, die an der Ausgestaltung des politischen Lebens in der Bundesrepublik Deutschland als gemeinnützig anerkannt und damit öffentlich gefördert, mitwirken sollen?
70. Abgeordneter
Ströbele
(DIE GRÜNEN)
- Unterstellt die Bundesregierung in ihrem Schreiben vom 7. Juni 1985 an Herrn Heinz Galinski, den Vorsteher der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, er habe sie aufgefordert, NS-Diktaturmethoden anzuwenden, um mit den Traditionsverbänden der Waffen-SS fertig zu werden, und meint sie nicht, daß der Bundesminister des Innern sich

bei Herrn Galinski entschuldigen, eine eindeutige Stellungnahme gegen die Traditionsverbände abgeben und gemeinsam mit Bundesminister Dr. Stoltenberg der „HIAG“ die Gemeinnützigkeit entziehen sollte?

71. Abgeordneter
Gilges
(SPD)

Ist der Bundesregierung die Äußerung des NPD-Landesvorsitzenden Heinz Schimmerohn bekannt, daß auf Grund der „räumlichen Nähe“ zum „Deutschlandtreffen der Schlesier“ in Hannover die NPD zum gleichen Zeitpunkt ihren Bundesparteitag in Stadthagen (Kreis Schaumburg) durchführte, weil „eine große Anzahl Mitglieder und Freunde der Partei sowieso in Hannover“ sei, und wenn ja, welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung über die Teilnahme von NPD-Mitgliedern am „Deutschlandtreffen der Schlesier“?

72. Abgeordneter
Gilges
(SPD)

Besitzt die Bundesregierung Erkenntnisse, wonach die NPD das „Deutschlandtreffen der Schlesier“ genutzt hat, um unter den Teilnehmern für die Ziele der Partei zu werben?

73. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)

Trifft die Darstellung im 6. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz von Nordrhein-Westfalen (S. 53 ff.) zu, daß das Bundeskriminalamt im Herbst 1983 von einer nordrhein-westfälischen Kreispolizeibehörde Daten über Personen, die an Demonstrationen friedlich teilgenommen haben, erhalten und in der Datei „Lage 1“ gespeichert hat, und welche Konsequenzen in bezug auf Löschung, weitere Nutzung und Verarbeitung dieser Daten auf Bundesebene zieht die Bundesregierung aus der vom nordrhein-westfälischen Datenschutzbeauftragten in seinem Bericht dargelegten Unzulässigkeit der Weitergabe der personenbezogenen Daten der Betroffenen an das Bundeskriminalamt?

74. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD)

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, ob die Bundesbehörden nach verbindlichen Gesichtspunkten die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften gestalten, oder kann ein einzelner Bundesgrenzschutz-Kommandeur nach eigenem Ermessen sein Verhalten zu der Arbeitnehmervertretung bestimmen?

75. Abgeordneter
Mann
(DIE GRÜNEN)

Was hat die Bundesregierung unternommen, um die am 7. Juni 1985 aus Berlin (West) nach Beirut abgeschobenen vier Menschen – darunter der 17jährige Jahad Atris und die erst 15jährige Kaldar Renard – zu schützen, und was ist der Bundesregierung über das Schicksal der abgeschobenen Menschen bekannt, insbesondere, ob sie noch leben?

76. Abgeordneter
Mann
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Abschiebung der genannten Palästinenser nach Beirut in einer Situation, in der Palästinenser von Amal-Milizen gejagt, beschossen und ermordet werden und in der gerade auch am und in der Nähe des Flugplatzes Beirut heftige Kämpfe tobten und von standrechtlichen Erschießungen von Palästinensern durch Amal-Milizen auf dem Flughafen Beirut berichtet wurde?
77. Abgeordneter
Waltemathe
(SPD)
- Schließen es die geltenden bundesrechtlichen Datenschutzbestimmungen aus, daß der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes Auskünfte über das Schicksal von NS-Opfern (außer an Angehörige dieser Opfer) erteilt, so daß für Wissenschaft und Forschung immer größere Lücken entstehen, und wenn ja, müssen unter diesen Umständen nicht die geltenden Regelungen geändert werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

78. Abgeordneter
Clemens
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um eine mißbräuchliche Verwendung des Begriffes „Polizei“ von Polizei-Emblemen etwa zur Anzeigenwerbung in der Öffentlichkeit zu unterbinden, und gedenkt die Bundesregierung zu diesem Zweck rechtliche Maßnahmen zu ergreifen, nachdem sich in letzter Zeit in der Tagespresse wieder Warnungen vor irreführender Anzeigenwerbung unter Verwendung des Namens „Polizei“ häufen?
79. Abgeordneter
Bachmaier
(SPD)
- Wie läßt sich die Aussage, die Insolvenzrechtsreform sei „eines der wichtigsten rechtspolitischen Vorhaben der Bundesregierung“ (Erklärung des Bundesministers der Justiz bei der Übergabe des Abschlußberichts der Insolvenzrechtskommission am 15. Dezember 1984) damit vereinbaren, daß von der „in einigen Wochen“ angekündigten Drucklegung bis zum tatsächlichen Erscheinen des Berichts fast fünf Monate vergangen sind und sodann 14 Verbänden Zeit und Gelegenheit gegeben wurde (Schreiben des Bundesministeriums der Justiz vom 6. Mai 1985 AZ: 3760/7 – 2 – 14498/85) innerhalb weiterer sieben Monate eine Stellungnahme abzugeben?
80. Abgeordneter
Bachmaier
(SPD)
- Besteht die Absicht, vor oder nach Ablauf der den 14 Verbänden im Schreiben vom 6. Mai 1985 gesetzten Frist weitere Stellungnahmen zum Bericht der Insolvenzrechtskommission einzuholen, oder sind mit dem Adressatenkreis des genannten Schreibens „alle interessierten Kreise“ (Bundesminister Engelhard am 15. Dezember 1984) erfaßt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

81. Abgeordnete
**Frau
Simonis**
(SPD)
- Ist nach Ansicht der Bundesregierung nur eine Autorenlesung des Bundesverbandes der Freien Berufe mit Hannelies Taschau und Gert Hofmann durch eine Förderung des Bundesministeriums für Wirtschaft finanziell zu unterstützen, oder können auch andere Autoren bzw. andere Künstler, die zur Bereicherung sonstiger Bundesverbände auftreten, durch das Bundesministerium für Wirtschaft finanziell unterstützt werden?
82. Abgeordneter
Würtz
(SPD)
- Sind der Bundesregierung Klagen deutscher Kinoveranstalter über die zunehmende Konkurrenz auf Grund der Ausstrahlung von Spielfilmen durch die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten bekannt, und wenn ja, sieht die Bundesregierung hier einen Handlungsbedarf?
83. Abgeordneter
Waltemathe
(SPD)
- Hat das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft den Export von vier Militärhubschraubern Typ BO 105 und einem weiteren Militärhubschrauber Typ BK 117 nach Südafrika trotz des UNO-Rüstungsembargos gegen Südafrika und trotz entgegenstehender Rüstungsexportbestimmungen der Bundesrepublik Deutschland mit Billigung der Bundesregierung genehmigt, gegebenenfalls mit welcher (Ausnahme-)Begründung?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

84. Abgeordneter
Kißlinger
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, daß insbesondere in den Alpen- und Mittelgebirgsregionen die Waldschäden vor allem in der mittleren und starken Schadensklasse ständig und mit hoher Geschwindigkeit zunehmen, wie dies in letzter Zeit von Fachleuten immer wieder behauptet wird?
85. Abgeordneter
Carstensen
(Nordstrand)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß Fangfabrikschiffe der Hochseefischerei derzeit in der Nordsee Seelachs fischen, und wie wertet die Bundesregierung die Tatsache, daß durch solches Vorgehen die küstennahen Bereiche sehr schnell so von Seelachs ausgefischt sind und daß der auf diesen Fisch und auf die Fanggründe im küstennahen Bereich angewiesenen Kutter- und Küstenfischerei die Existenzgrundlage entzogen wird?
86. Abgeordneter
Hettling
(SPD)
- Hat die Bundesregierung in der Frage einer Fangunion der deutschen Hochseefischerei bereits Gespräche mit der EG-Kommission geführt, und sieht sie Risiken einer EG-Genehmigung?

87. Abgeordneter
Hettling
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen ihres Strukturkonzepts finanzielle Mittel für Neubauten und eine Modernisierung der Fischereiflotte einzusetzen, damit die der Bundesrepublik Deutschland verfügbaren Fischressourcen ausgeschöpft werden können?
88. Abgeordneter
Ewen
(SPD)
- Worin unterscheidet sich das vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten entwickelte neue Strukturkonzept für die deutsche Hochseefischerei von dem Konzept des Verbandes der Hochseefischerei, und besteht inzwischen innerhalb der Bundesregierung Einvernehmen über das neue Konzept?
89. Abgeordneter
Ewen
(SPD)
- Trifft es zu, daß der Bundesminister für Wirtschaft ordnungspolitische Bedenken gegen das Konzept hat, und wenn ja, welcher Art sind diese Bedenken?
90. Abgeordneter
Grunenberg
(SPD)
- Wann sind die Bundesländer und die Unternehmen der Hochseefischerei von dem neuen Strukturkonzept der Bundesregierung in Kenntnis gesetzt worden, und sind dabei ihre Anregungen im Konzept berücksichtigt worden?
91. Abgeordneter
Grunenberg
(SPD)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis von der gutachterlichen Stellungnahme der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Treuarbeit AG über den geeigneten Standort einer zu gründenden Fangunion, und wie beurteilt sie die Frage des Standortes?
92. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD)
- Wieviel Vollerwerbsbetriebe mit vorwiegendem Anbau von Marktfrüchten gibt es in der Bundesrepublik Deutschland, die dem von Bundesminister Kiechle in der Bundespressekonferenz am 13. Juni 1985 vorgestellten Betriebstyp entsprechen, nämlich eine Durchschnittsgröße von 20 Hektar LF, einen Getreideanteil von 15 Hektar LF und davon Weizenanbau von zwölf Hektar LF haben?
93. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD)
- Welche Auswirkungen hat ein Absinken des Getreidepreises um 1 v. H. auf die Einkommen des landwirtschaftlichen Sektors insgesamt und auf die Einkommen in den verschiedenen Betriebsformen (Marktfrucht-, Futterbau-, Gemischt- und Veredlungsbetriebe) und Betriebsgrößenklassen?
94. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Hat die Kommission der Europäischen Gemeinschaft nach Meinung der Bundesregierung das Recht, ohne Beschluß des Ministerrates der Europäischen Gemeinschaft, die Marktordnungspreise für Raps und Getreide zu Bedingungen festzusetzen, die nicht die Billigung des Ministerrates gefunden haben, und wenn nein, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung?

Bonn, den 21. Juni 1985